



Albert F. Reiterer

## **Der Euro und die EU**

Zur Politischen Ökonomie des Imperiums

74 Seiten, 5 Euro

(Staffelpreis ab 5 Expl. 4.50/St., ab 10 Expl. 4.--/St.)

AUS DEM INHALT: I. Zusammenfassung in Thesen - II. Imperium EU: Elemente einer Analyse (Einleitung: Politik, Macht und Geld - "Geldmengen" als unterschiedliche Definitionen von Geld) - Die EU und das Geld - Der Ausgangspunkt - Imperium? - (Das Programm: Alexandre Kojèves Entwurf - Ein deutsch-französisches Ko-Direktorat - „Optimaler Währungsraum“ und Euro) - Von der Zoll- zur Währungsunion - Der „Werner-Plan“ und der Tindemans-Bericht - Die 1970er und 1980er: Der missglückte Probelauf und die neoliberale Wende - Der Delors-Plan - Der deutsche Streit um den Euro: Die Widersprüche des Hegemons - Die Eurozone: Zentrum und Peripherie (Die Revolution der Ansprüche und die Reaktion - Die Starken und die Schwachen - Die Struktur - Der Euro als Strategie der Dualisierung - Die Funktionsweise der Euro-Bürokratie: die EZB / Die Folgen der Währungsunion - Der Euro - eine Wachstumsbremse - "Bankenunion" - ESM - „Europäisierung“- Schlussfolgerungen - Und die politischen Konsequenzen?

Die Eurozone steckt 15 Jahre nach Einführung der Gemeinschaftswährung in existentiellen Schwierigkeiten. In vielen Ländern steigen die Einkommens- und Vermögensungleichheit und das Armutrisiko. Nicht zuletzt hat sich der Konvergenzprozess, den es bis zur Krise zwischen den reicheren und ärmeren Ländern der EU gegeben hat, vielfach in sein Gegenteil verkehrt. *Nicht wenige träumen von einer „neuen“ EU als übernationaler Chance ihrer Politik. Die verstaubte trotzkistische Phrase von den „Vereinigten Staaten von Europa“ gehört ebenso dazu wie die Gysi'sche Aussage: „Jetzt haben wir den Euro nun einmal, und nun müssen wir ihn retten!“ Sie haben ihren ansozialisierten Leninismus bürgerlich gewendet. Analytisch liegen die Grenzen zwischen Linker und Sozialdemokratie genau dort: zwischen Befürwortung und „Rettung“ des Euro und einer neuen, alternativen Politik. (Albert F. Reiterer)*

Die vorliegende Veröffentlichung ist ein Beitrag zur Durchmusterung der Illusionen, Trugbilder und Scheinlösungen des europäische Selbstbetrugs und der dahinter liegenden Interessen.

## Textauszug:

Albert F. Reiterer: Der Euro und die EU. Zur politischen Ökonomie des Imperiums  
pad-Verlag, Bergkamen 2014

### I. Zusammenfassung in Thesen

(1) Die EU ist ein Imperium, ein post- und supra-nationaler bürokratischer Staat mit dem Ziel der Eindrittel-Gesellschaft. Als *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS - 1951) und *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG - 1957/58) entstand sie zuerst als partieller und dann verallgemeinerter regionaler superimperialistischer Pol zur Abwehr des damals für viele noch attraktiven Sowjetkommunismus. Nebenzweck war die Zähmung des nationaldeutschen Imperialismus. Die Politiker waren vorerst stärker am außenpolitischen und militärischen Aspekt interessiert (*Westeuropäische Union* - WEU). Die Zollunion war für sie ein Substitut - nicht unwichtig, aber nicht prioritär.

(2) Doch die EWG war von vorneherein be- und geladen mit den Ambitionen der Ideologen. *Alexandre Kojève*, der sich selbst den letzten (bürgerlichen) Theoretiker des Stalinismus nannte, sah sie als wesentlichen Schritt zum platonischen Imperium. Über Gesinnungsgenossen wie *Robert Marjolin* erhielten sie unmittelbar Einfluss auf die Zentralbürokratie. Sie bestimmten die Rhetorik, welche die Politiker nicht, sie selbst aber ganz und gar ernst nahmen.

(3) Die Zollunion war um 1970 erreicht. Ein Wandel des dominanten Charakters der EWG ließ allerdings noch warten: Er war erst möglich, als sich die Kräfteverhältnisse und Stimmungen weltweit verschoben. Die politische Klasse entdeckte die *Währungsunion* als Hauptvehikel ihrer Absichten. Einige Politiker sahen die Möglichkeiten einer Fundamentalpolitik ohne Kontrolle, sprangen auf und zogen die anderen mit. Die ersten Versuche in den 1970ern und 1980ern waren allerdings ein jämmerlicher Misserfolg.

(4) Mit dem *Paradigmenwechsel vom Politischen Keynesianismus zum Politischen Monetarismus* wurde die Währungsunion Hauptziel der EG-Politik. Dieser wirtschafts- und sozialpolitische Paradigmenwechsel wurde durch die neue weltpolitische Situation ermöglicht und ging in mehreren Schritten vor sich. Die „Süderweiterung“ (1981 - 1986) sowie der Zusammenbruch des Sowjetsystems und Maastricht waren die wichtigsten Etappen. Das Zerbröseln der Diktaturen im Olivengürtel bot die Gelegenheit. Die Süderweiterung steckte die Claims des hoch entwickelten nordwestlichen Zentrums ab und stellte ein Experimentierfeld für die neue Politik der Disziplinierung durch das Zentrum. Der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ führte zu einem „Ende der Geschichte“ nach konservativ-bürgerlichem Geschmack. Nun hatte man die Möglichkeit, die neue Politik der akzentuierten Ungleichheit und des übernational-bürokratischen Staats zu verwirklichen. Die Beuteareale im Osten waren einzusammeln.

(5) Insbesondere die Sozialdemokraten (Mitterrand/Delors, Brandt/ Schmidt; im Rahmen ihrer Möglichkeiten Soares, Gonzalez, Vranitzky und Persson) wurden zu Janitscharen der neoliberalen Imperiums-Bildung. Der Keynesianismus - nicht doktrinär an *Keynes* geformt - war die europäische Nachkriegspolitik gewesen: Über einen inklusiven Sozialstaat hatte man die Unterschichten und die unteren Mittelschichten, die Hälfte der Bevölkerung, erfolgreich integriert. Dazu hatte man in den Markt interveniert und massive staatliche Mittel - auch auf Kredit - eingesetzt. Darauf verzichtete man nun langsam: Die marktfundamentalistische Politik des Monetarismus wurde zum Credo: der EG wie auch der ihr noch nicht angehörigen Wirtschaften.

(6) Durch die *Süderweiterung* hatte die EG eine *Zwei-Kreise-Struktur* angenommen, gegliedert in Zentrum und Peripherie. Was man in Südeuropa erfolgreich und noch mit einer gewissen Schonung durchexerziert hatte, wurde in den 1990ern mit aller Brutalität in der *Osterweiterung*, in Osteuropa wiederholt: Die Region wurde auf eine neue Weise zur „Zweiten Welt“. Eine neuerlich abgestufte Peripherie entstand. Am Anfang trug dies die Bevölkerung weitgehend mit, weil sie "zu Europa gehören" wollte.

(7) Gleichzeitig ging es um den Aufbau des nachnationalen bürokratischen Staats. Maastricht und in der Folge Lissabon als Ersatz für das "Zweite Rom" – die gescheiterte Verfassung – gaben den Institutionen ihren neuen Charakter. Die supranationale Staatsstruktur stellte einen Verwaltungsföderalismus dar. Der EuGH war stets die wichtigste zentralisierende Institution. Die Kommission wurde stärker verselbständigt. Mit dem Scheinparlament bot man den ideologisierten Intellektuellen einen Bezugspunkt. Im wichtigsten Bereich, im wirtschaftspolitischen, wurde das *Europäische Währungsinstitut* (EWI) bzw. die *Europäische Zentralbank* (EZB) aufgebaut. Damit gab das bürokratische Zentrum die Politik vor. Entschieden wird in Brüssel, implementiert in der nationalen Peripherie. Dazu war die Währungsunion unerlässlich. Sie wurde zur Wachstums- und Wohlfahrtsbremse. Das war Einigen der Protagonisten bewusst. Man nahm es in Kauf. Die Frage ist schließlich: Wohlstand für wen?

(8) Die Einheitswährung brachte zuerst und eher unerwartet einen Schub für die Peripherie. Es war eine Blase. Die Finanzkrise ließ sie platzen. Mittlerweile ist der Euro Kern und Symbol des Ausbaus, noch mehr der Verteidigung des Imperiums EU. Gerade weil der Euro keine optimale Währungszone konstituiert, muss er erhalten werden. Daneben geht es natürlich um das von den Gläubiger-Banken eingeforderte Kleingeld.

(9) Die politische Klasse in Europa und die Brüsseler Bürokratie nutzen die Gelegenheit. In einer reaganistischen Taktik der Überrumpelung treiben die nationalen Regierungen (Christlichsoziale, Sozialdemokraten, Grüne, Liberale) die Entdemokratisierung des Kontinents einen mächtigen Schritt weiter. Das „europäische Semester“, die „Wirtschaftsregierung“, die "Bankenunion" und der ESM, der so genannte „Euro-Rettungsschirm“, sollen jene Politik unumkehrbar machen, welche zur derzeitigen Situation geführt hat.

(10) Es gibt jedoch keinen geschlossenen Block eines einheitlichen Kapitals und noch weniger der Handlungsträger in der Politik. Das harte Finanzkapital will schlicht „sein Geld“. Es ist dafür bereit, selbst einen Aufstand in Kauf zu nehmen. Derzeit überwiegt diese Tendenz, stärker noch in der Politik (EZB und Europäischer Rat) als in der Wirtschaft. Dort allerdings haben die Rating-Agenturen mit ihrer kompromisslosen Verteidigung der Banken das Sagen.

(11) Segmente der Eliten aber haben begriffen, dass diese Strategie illusorisch ist. Das sind zum einen die, welche selbst finanziell nicht engagiert sind. Zum anderen erfassen auch Teile der politischen Klasse, dass sie gefährdet sind: als Angriffsziel des aggressiven Finanzkapitals, aber auch seitens der „eigenen“ nationalen Wähler.

(12) Diese Situation ergibt Chancen für die Linke, die sie seit Jahrzehnten nicht hatte. Allerdings wird dies keine klassische linke Politik sein, sondern ein unorthodoxer Kampf ungewohnter Bündnispartner

(13) Die Reste der alten Linken in Europa sind verwirrt. Nicht wenige träumen von einer „neuen“ EU als übernationaler Chance ihrer Politik. Die trotzistische Phrase von den „Vereinigten Staaten von Europa“ gehört ebenso dazu wie die Gysi'sche Aussage: „Jetzt haben wir den Euro nun einmal, und nun müssen wir ihn retten!“ Sie haben ihren Leninismus bürgerlich gewendet. *Analytisch* liegen genau dort die Grenzen zwischen Linken und Sozialdemokratie: zwischen Befürwortung und „Rettung“ des Euro und einer neuen, alternativen Politik. Im politischen Alltag liegen die Dinge freilich komplizierter.

(14) Eine neue Linke muss den Staat neu reflektieren. Die EU-Bürokratie und die politischen Klassen nutzen eine antinationale Rhetorik. Sie verfolgen aber ein nationales Modell auf einer höheren Ebene. Für die Linke geht es einerseits um die Freiräume, die ein nationaler Staat im Vergleich zum Imperium bietet. Aber sie braucht auch Ideen für eine neue übernationale Ordnung jenseits der internationalistischen Phrasen. Eine Debatte über eine sinnvolle internationale Organisation ist überfällig.

(15) Die minimalen Chancen der Linken liegen im Versuch, den plebeisch-proletarischen Protest gegen das Imperium und seine Auswirkungen aufzugreifen. Über die zielführende *Taktik* lässt sich streiten.

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der Euro verkörpert zwei konservative Revolutionen: Die eine besteht in der *monetaristischen Reaktion* gegen die keynesianische Politik der zwei Jahrzehnte von 1955 – 1975. Die andere, wesentlich weit- und folgenreichere, ist der Aufbau eines bürokratischen Imperiums, strukturiert nach Zentrum und Peripherie, in Europa.

Die *monetaristische Reaktion* richtete sich gegen die politische Steuerung der Ökonomie. Die keynesianischen Ambitionen einer Feinsteuerung erwiesen sich Ende der 1970er, nach zwei „Ölschocks“ 1973 und 1979, als überzogen. Sie konnten die globalen sozio-ökonomischen Transformationen („Störungen“ sagten die Ökonomen) nicht bewältigen. So war der Keynesianismus selbst leicht als Misserfolg darstellbar. Die französische Erfahrung schien der beste Beleg. Ein Nachfrageschub am Anfang der SP-Regierung führte zum Kippen der Leistungsbilanz. Dieses Paradigma schien nicht zu funktionieren. Die ersten, welche eifertig daraus die Schlüsse zogen, waren die französischen Sozialdemokraten selbst, Mitterand und sein Erfüllungshilfe Delors. Der setzte den Paradigmenwechsel auf EG-Ebene durch. Dort hatte er ohnehin schon längst seine Vorkämpfer. In der Zweiten Nachkriegszeit hatte man Rezessionen und Depressionen mit staatlicher Nachfragestimulierung bekämpft. Heute heißt das Rezept: Wir provozieren eine tiefe Depression durch radikale Nachfrage-Kompression. Nur so können wir "Reformen" durchsetzen.

Aber mittlerweile geht die Furcht vor dem Zusammenbruch des Euro um. Was heißt dies konkret? Es ist eine Mischung aus realen, berechtigten Sorgen um das Geldsystem und aus selbständig gewordenen Ideologemen. Warum fürchtet man gerade um den Euro? Warum nicht vor 1999 um die Lira oder das Pfund?

Die Euro-Krise ist eine *politische* Krise. Es ist eine *Krise des politischen Modells der EU*. Das supra-nationale bürokratische Imperium will die Einheitswährung Euro als eiserne Faust einsetzen: Mit dem Euro will sie neoliberale Disziplin im Zentrum und im ersten Kreis der Peripherie, im Mittelmeer-Raum sowie im europäischen Osten, erzwingen. Die Krisen im Olivengürtel sind nunmehr eine riskante Angelegenheit geworden:

Die politische Klasse versucht, ihr politisches Projekt, das EU- und Euro-Imperium zu retten: Und sie versucht die Krise der Staatsverschuldung in der Peripherie zu nutzen, um das Imperium weiter auszubauen und seine bürokratische Struktur zu stärken, unumkehrbar zu machen. Ihre Chancen stehen nicht schlecht. Sie hatte aber auch schon einen besseren Stand.

„So trafen sich die wichtigsten deutschen Anleger „under the auspices of the German Finance Ministry“ schon ein Jahr zuvor [vor dem „Rettungspaket“ des 7. Mai 2010 – Anm. des Verf.] im Berliner Hotel Adlon, um das Risiko auszuloten. Man war sich rasch einig: Gerade weil Staatsbankrotte drohten, sei die Anlage in gefährdete Staatspapiere hoch rentabel, könne man sich doch auf ein bail out der EU – also ein Einspringen der Staatengemeinschaft – verlassen. Das Panel „German fixed income investors in unchartered territory: a road map“ etwa war einhellig der Meinung, dass sich der Kauf maroder Staatspapiere auf jeden Fall lohne, weil im Ernstfall die EU intervenieren würde. Der vorsichtige Hinweis des Verfassers auf das no-bail-out-Gebot der Verträge löste unter den Panelisten (MEAG Munich Ergo, Lupus alpha, DWS Investments und McKinsey & Company) Heiterkeit aus“ (Abelshauser 2011).

Die Handlungsspielräume unterliegen stets materiellen Beschränkungen, und zwar durch die gegebenen Ressourcen. Das ist die weniger dogmatische und apodiktische Umformulierung der alten Aussage: „Die Basis bestimmt den Überbau“. Die wichtigste Beschränkung resultiert aus der *gesamtwirtschaftlichen Produktivität*. Diese ist auch heute zwischen entwickelten Ländern mit hoher Kapital-Ausstattung noch immer deutlich unterschiedlich. Das hängt mit der unterschiedlichen Zusammensetzung des „Nationalprodukts“, des BIP, zusammen. Die ist wiederum u. a. abhängig vom Stand der Entwicklung und von der Position im Weltsystem. Nach außen äußert sich dies bzw. vor allem die Änderung in den *terms of trade*.

Es war eine „geniale“ Idee von Ökonomen, sich über diese Beschränkungen hinwegzuschwindeln, indem man mit einer WU die *terms of trade* festschreibt – nichts anderes heißt die Behauptung, eine WU „endogenisiere“ die Bedingungen. Doch dies gelingt nur kurzfristig.

### Und die politischen Konsequenzen?

Das Hauptproblem der Finanzoligarchie und der politischen Eliten andererseits ist derzeit: Sie versuchen, möglichst viel vom Kleingeld des Finanzkapitals, zu retten *und* gleichzeitig das politische Projekt EU. In den letzten Jahren lief eine Umschuldung, die beim kommenden Schuldenschnitt die Gläubiger-Banken

vollkommen entlastet und den Gesamtverlust auf die öffentlichen Hände überwälzt.

Dieses Ziel kommt dem anderen, dem strategischen, in die Quere. Denn die Bevölkerung begreift dies einigermaßen. Damit bringt die europäische politische Elite einen großen Teil der Bevölkerung massiv gegen sich und ihr Projekt auf.

Die europäische Linke ist marginalisiert. Gegenwärtig werden nur mehr Rechtspopulisten als effiziente Gegner dieser Politik wahrgenommen. Das ist ein allgemeineres Problem. Die Linke war stets und ist heute noch mehr eine Intellektuellen-Bewegung. Der EU-Widerstand aber ist, wie plebeischer Widerstand fast immer, *anti-intellektuell*. Das ist die eigentliche Dialektik der modernen Geschichte.

*Die Konsequenz des Neoliberalismus: Zurück zum Zensus-Wahlrecht des 19. Jahrhunderts*

"Pessimisten fürchten demokratische Mehrheiten, die sich aus Empfängern von staatlichen Transferleistungen zusammensetzen und im Namen der 'sozialen Gerechtigkeit' ihre Leistungseliten enteignen und so die Basis des Wohlstands zerstören. Der slowakische Reformler Richard Sulik plädiert deswegen gar für eine zweite Parlamentskammer, in der die Stimmen ihrer Wähler mit deren Steueraufkommen gewichtet würden." - NZZ, 28. Mai 2013

"Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf der Höhe der bürgerlichen Gesellschaft."  
Marx, *Klassenkämpfe in Frankreich, 1849/50*. MEW 7, 15.

Die Lösung wird Elemente einer *Renationalisierung* beinhalten. "Nationalismus" wurde unter deutschsprachigen Intellektuellen ein absolutes Un- und Schimpfwort. Wer das sagt, steht langsam in einer Kategorie mit den Antisemiten und Nazis. Das nennt man funktionierende Hegemonie. Man sollte vor Nationalismus als Begriff und als Faktum keine Angst haben. Die *Nation* war eine Form, in der sich Parlamentarismus und schließlich Demokratie entwickelt hat. Noch heute sind jene in der Dritten Welt, die vor einem unvollendeten Staatsaufbau stehen und ihn demokratisch wollen, gewöhnlich auch Nationalisten. Freilich muss man sagen: Diese Renationalisierung wird ihre Grenzen haben. Zum einen braucht die hoch entwickelte Gesellschaft *neue Formen der politischen Organisation*. Zum Anderen gibt es keinen Grund, sich nun auf die Nation zu beschränken, nur weil die Oligarchie und ihre Sprachrohre sich als Internationalisten gebärden. Die Linke darf sich ihre Konzepte nicht von anderen aufzwingen lassen, in keine Richtung.

Die Einsicht, dass es materielle Beschränkungen gibt, wurde von Ökonomen und ihren Kleinhändlern in der Journalistik in zwei ganz und gar ideologische Behauptungen umgebogen:

(1) Ökonomische Institutionen sind ewig und unveränderbar. Es hat immer Zins gegeben, und es wird immer Zins geben. - (2) „There is no alternative!“ Es gibt jedoch immer politische Alternativen. Gerade die Währungsunion und ihr technisch-politischer Fehlschlag zeigt dies.

#### Der politische Widerstand: schwach – aber zunehmend?

Ausgerechnet die Bürger jener Volkswirtschaften, die sich aus ihrer Wettbewerbsfähigkeit heraus die Einheitswährung zumindest mittelfristig leisten könnten (der alte D-Mark-Block und Frankreich), zögerten, leisteten Widerstand oder blieben draußen (Dänemark, Schweden). Dieser Widerstand kam vor allem aus der konservativen Ecke. "Die Linke", mitten im Prozess der Sozialdemokratisierung, hat auch hier ihren Schwenk gemacht. Dass sie schwer verliert, insbesondere im Osten Deutschlands, dort nicht zuletzt an die AfD, scheint sie nicht zu stören: Nur einmal mitregieren!!

Die Motive der Anti-Euro-Bewegung in den Zentren, in Deutschland etwa, sind teils in konservativer Dogmatik zu finden, z. B. im Bestehen auf den „optimalen Wirtschaftsraum“. Teils zeigt sich aber, wie schon öfters im letzten Jahrhundert: Der alte Konservatismus ist in seiner Gebundenheit an kleinere nationale Einheiten bereit, auch einige Interessen des Finanzkapitals in Frage zu stellen. Neoliberale unterstützen sie eindimensional und rückhaltslos. Altkonservative Kräfte – auch dies keine neue Erscheinung in der politischen Geschichte – , aber auch offen reaktionäre Positionen konnten dies vielfach nutzen. Sie sind gegenwärtig im Aufwind. Viel erreichte dieser Widerstand bisher nicht, jedenfalls kurzfristig. Langfristig könnten einige Urteile des deutschen Bundesgerichts zum Sprengstoff werden.

Jene, die es sich leisten könnten, zögerten also, jedenfalls auf der Ebene der Bevölkerung. Aber die wirtschaftliche Peripherie, von Italien über Iberien und Griechenland bis Osteuropa, die drängte aus politisch-symbolischen Gründen in die Union. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich eine Krise einstellte.

Und die Linke im Olivengürtel? Die griechische Linke ist gespalten in SYRIZA und KKE. Die KKE ist zwar anti-Euro, fährt aber sonst einen völlig dogmatischen Kurs und ist so kaum noch politikfähig. Der

Hauptstrom der so breit gefächerten SYRIZA ist illusionär und in der Tendenz sozialdemokratisch. Er träumt noch immer von einer solidarischen EU. Diese Politik ist selbstverständlich zum Scheitern verurteilt. Selbst wenn SYRIZA die nächsten Wahlen gewänne, wäre damit nichts erreicht. Es wäre nur das Präludium für einen Zusammenbruch der Partei bei den übernächsten Wahlen.

In Portugal und in Spanien aber ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Sozialdemokratie wieder zurück kommt. Sie führte vor den letzten Wahlen dieselbe Politik wie die Konservativen heute durch. Aber im Moment macht sie auf Antiregierungs-Rhetorik, nicht aber Anti-EU.

Wirklich interessant ist Italien. Die klassische Linke ist völlig zusammen gebrochen. Aber es gibt Ansätze mehrerer plebeischer Bewegungen. In dieser Sicht ist die neue plebeische Linke, wie sie sich in den *Cinque Stelle* mustergültig zeigt, von allergrößter Bedeutung. Sie bietet ein verwirrendes Bild und ist oft wirklich verwirrt. Wenn im Sommer 2013 ein Teil von ihr Romano Prodi oder Emma Bonino als Präsidentschaftskandidaten vorschlug, sagt dies eigentlich Alles. Aber die Grillini können nicht mit altlinken Maßstäben beurteilt werden. In den neuen *Forconi* wiederum gibt es Komponenten, die im alten populistischen Flügel des Faschismus wurzeln. Die neue Plebeisierung der europäischen Gesellschaften trifft unterschiedliche Schichten: solche, die den Grundstock der alten, "proletarischen" Linken bildeten; aber auch solche, die aus dem alten und dem neuen Kleinbürgertum kommen und oft recht reaktionär argumentieren. Denn *die Finanzkrise bedroht die Mittelschicht*. Trotzdem sind es diese Popular-Bewegungen, welche in die Zukunft weisen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sich der erstaunliche Wahlerfolg der Grillini bei den nächsten Wahlen wiederholt. Volksbewegungen brauchen stets Zeit und mehrere Anläufe, um eine Chance auf Erfolg zu haben.

Die Protest-Kräfte sind in den Kernländern von populistischen Rechtsparteien einvernahmt worden. Heutige proletarische Schichten betrachten die Rechtsparteien, die FPÖ in Österreich etwa, teils sogar den FN in Frankreich, als Geißel und Strafe für die Sozialdemokratie. Das wäre die Herausforderung einer neuen Linken. Sie müsste sich aus der Umklammerung jeder sozialdemokratischer (Integrations-) Tradition lösen. Dazu müsste sie aber auf die Illusionen des alten "Internationalismus" verzichten. Ein neuer Internationalismus muss Vieles neu durch denken. Und doch ist auch in der progressiven Tradition genug vorhanden, das wieder zu beleben wäre. Aber ein heutiger Anti-Imperialismus wird jenseits der Unterstützung für die Dritte Welt nicht zuletzt den neuen Supra-Imperialismus der EU zu bekämpfen haben.

Die Effektivität des allgemeinen Wahlrechts hat den Nationalstaat Züge einer Schutzgemeinschaft auch für Unterschichten annehmen lassen. Im supranationalen bürokratischen Staat geht dies verloren.

Hält man den strategischen Gedanken für richtig, dass die Grundziele der linken Politik: gleiche Lebenschancen für alle Menschen und Selbstbestimmung, nur durch die Zerschlagung des vorhandenen Macht- und Schutz-Apparates der Eliten, des gegenwärtigen Staats, möglich ist, dann heißt die politische Logik unabweislich: Zerschlagen wir den Euro! Der Umbau der EU zu einem bürokratischen Ungeheuer seit Maastricht hängt an dieser Strategie. Das 20. Jahrhundert hat in seiner zweiten Hälfte eine bescheidene Demokratisierung auf nationalstaatlicher Ebene eingeleitet.

Der neue Leviathan geriert sich supra-national. Ein neuer Internationalismus wird das Gegenteil von Supranationalismus sein müssen. Er kann nur sozialistisch und human sein, wenn er nicht wieder in einem einheitlichen Staat versteinert.